



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FOSSBECKE 16, 58332  
SCHWELM

An den

Bürgermeister der Stadt Schwelm

Herrn Jochen Stobbe

58332 Schwelm

**Ratsfraktion Schwelm**

**Brigitta Gießwein**  
Fraktionsvorsitzende  
**Marcel Gießwein**  
stellv. Fraktionsvorsitzender

Foßbecke 16  
58332 Schwelm  
Tel: +49 (2336) 5900  
Fax: +49 (2336) 15823  
[info@gruene-schwelm.de](mailto:info@gruene-schwelm.de)

Schwelm, 12.01.2011

## **Stellungnahme zur Berichtsvorlage der Verwaltung NR.: 001/2011**

### **Sachverhalt:**

Der Bericht des Fachbereiches 1.2 mit Beteiligung des Fachbereiches 4.1 über die Fortführung des Organisationsprozesses im Jugendamt und die hierin dargestellten Lösungen zur Deckung des Personalbedarfes wird zur Kenntnisnahme dem Hauptausschuss am 13.01.2011 vorgelegt.

Nach den gelungenen oder angestoßenen Umstrukturierungen haben sich noch zwei Problemstellungen ergeben, die kurzfristig gelöst werden müssen.

### **Stellungnahme:**

Die unter der Zugrundelegung der Personal- und Leistungskennzahlen für die vergleichenden Personalbemessungen der Gemeindeprüfungsanstalt NRW erarbeiteten Bedarfe sind insgesamt sicherlich richtig berechnet. Dennoch ergeben sich in den angedachten Umsetzungen ein paar Gesichtspunkte, die auch anders gewichtet werden könnten.

Die von Seiten der Verwaltung angemerkte *Verschärfung* der Personalsituation wird von Bündnis 90 /DIE GRÜNEN hier eher als Verbesserung gesehen, denn im Rahmen einer gesetzlichen Änderung im Bereich des Vormundschaftsrechtes wird der Kinderschutz verbessert. Sie lässt den Personalbedarf ansteigen, das verursacht mehr Kosten, dient aber sicherlich auch der Vermeidung von Folgekosten bei Kindeswohlgefährdung.

Eine Qualitätssteigerung von Seiten des Gesetzgebers wird hier ausdrücklich gewünscht, um in der Zukunft Kindeswohlgefährdungen oder gar Kindesötungen entgegen wirken zu können (und hier geht es nicht nur um den Fall Kevin, sondern um die vielen § 8a SGB VIII – Fälle, die den Jugendämtern bekannt gemacht werden.). Dieses begrüßen wir, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, ausdrücklich. Die Überlastungsanzeige und die darauffolgende Analyse machen den Mehrbedarf deutlich. Die Umsetzungen in diesem Bereich, zugeschnitten auf zwei Neueinstellungen im ASD, sind von der Stellenanzahl her richtig und begrüßenswert. Die Art der Umverteilung ist allerdings höchst fragwürdig. Es macht fast den Eindruck, als wären hier solange Stellenanteile verschoben worden, bis es irgendwie passt. Aus fachlicher Sicht können B`90 / DIE GRÜNEN hier keine Linie erkennen. Deutliche sinnhaftere Modelle wären rechnerisch ohne Schwierigkeiten möglich.

Des Weiteren wird die Umorganisation der Fachleitung Kindertageseinrichtungen vorgeschlagen, die sich in zwei Stellen aufgliedern soll: 45 % Fachberatung usw. und 55 % Zuschusswesen usw.

Zum einen ist der Verlust einer Ganztagsstelle zu beklagen, und es bleibt fraglich, ob die vorgesehenen Aufgaben in diesem rein pädagogischen Teil zu bewerkstelligen sind. Eine qualifizierte Besetzung in diesem Bereich ist unverzichtbar. Ob dieses Paket von einer 45 % Stelle bewerkstelligt werden kann, bleibt fraglich. Die von der Verwaltung vorgesehene Person hat bislang die Kibiz-Ausfälle kompensiert. Sie war also bislang als Springerin tätig, hat daher einen ganz anderen Aufgabenzuschnitt bedient. D.h., die Stelle wird heruntergestuft und die angedachte Nachfolgerin ist auf diese Aufgabe nicht vorbereitet. Hier sollte unbedingt für eine Einarbeitung gesorgt werden.

Die Lücke, die *diese* Kollegin hinterlässt, soll durch eine Erzieherin im Jahrespraktikum ersetzt werden, was einen weiteren Qualitätsverlust bedeutet. Eine Erzieherin im Jahrespraktikum braucht kontinuierliche Anleitung im pädagogischen Gruppen-Alltag. Was sie nicht braucht, ist die Tätigkeit als Springerin, die von ihr fordert, sich ständig auf neue Situationen einstellen zu müssen und fehlendes pädagogisches Personal zu ersetzen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN können die Einsparungen von fast 10.000 Euro an dieser Stelle nicht begrüßen, weder im Sinne der Stellenvergabe noch im Sinne der Qualitätsdebatte im Bereich des Bildungsauftrages von Kindertageseinrichtungen.

Des Weiteren soll die aufzubauende Tagespflege einer vorhandenen OGS-Kraft zugeordnet werden. Tagespflege und OGS sind zwei völlig verschiedene Bereiche. Zusätzlich soll die OGS-Kraft, mit 20 % „Besuch beim Baby“ beauftragt werden. Diese Rechenspiele führen wohl im Endeffekt zu einer vollen Stelle, aber sind die verschiedenen Anforderungsprofile in einer einzigen Stelleninhaberin richtig verortet?

Fazit: Die angestrebten Umstrukturierungen im Bereich Personal sollten nicht in Qualitätsverlusten münden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN tritt im Bereich FB 4 für deutliche Qualitätsverbesserungen ein: mehr Qualifizierung, mehr Bildung im Kindergartenwesen, mehr qualifizierte Betreuung, aktive Umsetzung des Kinderschutzes im ASD, professionelle Umsetzung des Kinderförderungsgesetzes. Mit der geplanten Umstrukturierung sehen B'90/DIE GRÜNEN dies nicht.

B'90/DIE GRÜNEN fordern die Verwaltung auf, die geplanten Änderungen vor Umsetzung im zuständigen Fachausschuss, der in seiner besonderen Art ein Teil des Jugendamtes ist, genau dar zu stellen und dort auch ein entsprechendes Votum für die Qualitätsminderung im Kitabereich einzuholen.

Mit freundlichen Grüßen



---

Brigitta Gießwein  
(Fraktionsvorsitzende)